



Jan Winkler

Die Verfassungsmäßigkeit der Grundsteuerreform

Eine freiheits- und gleichheitsrechtliche Analyse

Schriften zum Steuerrecht, Band 194

317 Seiten, 2024

ISBN 978-3-428-19059-1, € 99,90 *

Alle Informationen zum Titel: www.duncker-humblot.de/9783428190591

Mit Urteil vom 10.04.2018 (1 BvL 11/14) hat das Bundesverfassungsgericht die Vorschriften der Einheitsbewertung des Grundvermögens für Zwecke der Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt. Die Arbeit untersucht die daran anschließende Grundsteuerreform auf Bundes- und Länderebene formell und materiell verfassungsrechtlich. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Beurteilung des Bundesgrundsteuerrechts aus gleichheits- (Art. 3 Abs. 1 GG) und freiheitsrechtlicher (Art 14 Abs. 1 GG) Sicht. Gewürdigt werden die verschiedenen Bewertungsverfahren, die Steuermesszahlreduktionen als auch die sog. Grundsteuer C. Es wird herausgearbeitet, dass zwar Ertragswert- (§§ 252 ff. BewG), Vergleichswert- (§ 247 BewG) und Sachwertverfahren (§§ 258 ff. BewG) – anders als auf Länderebene – verfassungsrechtlichen Anforderungen genügen, gerade die Steuermesszahlreduktionen und die sog. Grundsteuer C auf Bundes- und Länderebene jedoch mit nicht unerheblichen verfassungsrechtlichen Problemen behaftet sind.

Inhalt

Einführung in die Problemstellung

Erster Teil: Hintergründe der Grundsteuerreform und verfassungsrechtliche Anforderungen an die Grundsteuer und deren Bewertungsrecht: Reformausgangspunkt: Historische Bedeutung der Einheitswerte und Gründe ihrer Verfassungswidrigkeit — Reformkonsequenz: Grundkonzeptionen des Bundes- und der Landesgesetzgeber — Formell verfassungsrechtliche Anforderungen an die Grundsteuerreformgesetzgeber — Die materiell verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen der Grundsteuerreform — Die verfassungsrechtlichen Anforderungen an ein verfassungsmäßiges Grundsteuerrecht auf Bundes- oder Länderebene

Zweiter Teil: Das »neue« Grundsteuerrecht auf Bundesebene – verfassungsgemäße Konkretisierung steuerverfassungsrechtlicher Anforderungen?: Überblick: Die Verfassungsrechtsfragen des Bundesgrundsteuerrechts — Verfassungsrechtlich zulässige objektiv leistungsfähigkeitsorientierte Belastungsentscheidung des Bundesgesetzgebers (sog. Sollertragskonzept) — Gleichheitsrechtlich zulässige Ausrichtung der Bemessungsgrundlage am Verkehrswert durch die Bewertungsverfahren als solche — Hauptfeststellungen im Sieben-Jahres-Turnus (§ 221 BewG) — Die Verfassungsmäßigkeit der Bewertung des Grundvermögens (§§ 243 ff. BewG) — Vermeidung struktureller Vollzugsdefizite durch Mitwirkungs- und Aufklärungspflichten — Die Steuermesszahldifferenzierungen als Gleichheitsproblem? — Gleichheitswidrigkeit der Grundsteuer C (§ 25 Abs. 5 GrStG) — Die freiheitsrechtliche Perspektive des § 25 Abs. 5 GrStG – Zulässigkeit der Durchbrechung der Sollertragsgrenze?

Resümee

Bestellungen können an jede Buchhandlung oder direkt an den Verlag gerichtet werden.
Nutzung und Download von E-Books erfolgen über unsere eLibrary. *Änderungen vorbehalten.

www.duncker-humblot.de